

1431 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Wirtschaftsausschusses

über den Beschluß des Nationalrates vom 4. Juli 1975 betreffend
ein Übereinkommen über ein Internationales Energieprogramm samt
Anlage

Das vorliegende Übereinkommen gliedert sich in ein Notstands-
programm für eine kollektive Sicherung der Versorgung mit Erdöl und
Erdölprodukten im Falle zukünftiger Mangellagen, sowie in eine
Regelung über eine langfristige Zusammenarbeit, die in ihren Einzel-
heiten bis Juli 1975 noch näher festzulegen sein wird.

Für die Hintanhaltung bzw. Vermeidung zukünftiger Versorgungs-
störungen ist ein System vorgesehen, das einerseits für die Mitglied-
staaten die Verpflichtung zur Aufrechterhaltung von Mindestvorräten
und zur Einführung von Mindestnachfragebeschränkungen für den Fall
einer Verminderung der Ölversorgung vorsieht sowie andererseits -
sollte die Ölversorgung eines oder mehrerer Mitgliedstaaten unter ein
festgesetztes Maß sinken - eine gleichmäßige Verteilung der noch ver-
fügbaren Ölmengen auf alle Mitgliedstaaten in Aussicht nimmt.

Eines der wesentlichsten Ziele des Übereinkommens ist es, zu
einem konstruktiven Dialog mit den Erdölproduzentenstaaten und
anderen Konsumentenstaaten beizutragen, um eine Stabilisierung der
Weltenergiemärkte und damit auch des internationalen Handels- und
Finanzsystems zu erreichen.

Der Nationalrat hat anlässlich der Beschlußfassung im Gegen-
stande im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG beschlossen, daß dieser
Staatsvertrag durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen ist.

Der Wirtschaftsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in
seiner Sitzung vom 8. Juli 1975 in Verhandlung genommen und ein-
stimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Ein-
spruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Wirtschaftsausschuß
somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 4. Juli 1975 be-
treffend ein Übereinkommen über ein Internationales Energieprogramm
samt Anlage, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 8. Juli 1975

H ö t z e n d o r f e r
Berichterstatter

Dr. H e g e r
Obmann